

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riesa,
Bernauer Str. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Tresden 1580
Verleger:
Riesa Nr. 22.

Nr. 300.

Samstag, 27. Dezember 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Druckzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bei längerem Abdruck ermäßigt, wenn der Vertrag verfallt, durch Klage eingeleitet werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Druck: Döcker & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hoffmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Nach dem Fest!

qu. Dem Reichsarbeitsminister rückte noch kurz vor dem Fest ein Wahnsinniger mit einer Scheintodpistole juleibe. Der Fall wurde nicht tragisch genommen. Selbst die Sensation „Attentatsversuch auf einen Minister“ brachte keine Aufregung. Aber er rückt das Elend der Arbeitslosigkeit in den Vordergrund. Sieben Jahre lang war der Mann, den schließlich die Verzweiflung packte, ohne Beschäftigung, sieben Jahre lang suchte er Arbeit, ohne sie zu finden. Und sein Fall liegt nicht vereinzelt. Viele Tausende möchten Lohn und Brot und das Ende des Mühsalgangs, das Ende der Sorgen. Viele Tausende schieden der Regierung die Schuld zu und haben Pläne, wie der kühne Mann mit der Scheintodpistole in der Tasche, die ihrer Auffassung nach alles zum Besseren wenden könnten. Man steht ja noch nicht in allen Kreisen die eigentliche Ursache der deutschen Not, weiß nicht, daß Weltwirtschaft und Tributlasten uns zum Abstieg gebracht haben. Freilich ist viel verstimmt worden. Deutschland hätte schon früher Vorkehrungen treffen müssen und heute fragt man sich auch, ob die Annahme des Youngplans nicht zu früh erfolgte. Die Behauptung, die großen Wirtschaftsführer hätten die Weltwirtschaftskrise kommen sehen müssen, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Wenn sie aber ihr Wissen für sich beibehalten und es zuließen, daß das endgültige Reparationsabkommen geschlossen wurde, so haben sie mit voller Ueberlegung Deutschland Kosten auferlegt, die in der heutigen Zeit unerschwinglich sind. Wiederholt ist — und man kann sagen — von allen Parteien die Meinung geäußert worden, die durch die Verbilligung der Ware gestiegene Goldwährung habe unsere Reparationsleistungen unerschwinglich gemacht.

Zwei Fragen liegen so im Vordergrund: Die Arbeitslosigkeit und die Tributfrage. Daneben selbstverständlich müssen die wirtschaftlichen Zusammenhänge beachtet werden und muß die Hand gerührt werden, um im Wirtschaftsleben eine Besserung zu erreichen. Die Scheintodpistole wird den Herren in der Regierung nicht aus dem Gedächtnis fallen. Wenn sie nach Neujahr wieder ihre Aufbaumarbeiten beginnen, werden sie sich des Mannes erinnern, der Arbeit und Veränderung auf einem unnatürlichen Wege suchte. Und sie werden sich sagen, es könnte sein, daß dieser Fall nicht vereinzelt bleibt, wenn nicht alle Kraft eingesetzt würde, um in der Frage der Arbeitsbeschaffung mehr zu erreichen, als es bisher der Fall war.

Die Minister sind ja meist fern von Berlin. Während der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr wird es keine Amtshandlung geben, die eine besondere Bedeutung haben kann. In den ersten Januar Tagen führt der Kanzler seine Ostreise durch. Am 11. Januar wird er wieder in Berlin sein. Am 6. Januar kehrt Schiele von seinem Urlaub zurück und Dr. Dietrich wird gleichfalls erst in diesen Tagen aus Baden zurückkehren. Am 10. Januar beginnt die 82. Reichstagung in Genf, zu der Curtius, der diesmal dort den Vorsitz führen soll, am 18. Januar wahrscheinlich fahren dürfte. Folglich ist zu erwarten, daß die Regierung in den Tagen zwischen dem 11. und 19. Januar zusammensteht und die Probleme anspricht, die sie im neuen Jahre verfolgen muß. Man sagt, es handele sich um Fortsetzung der Sanierungsarbeiten. Die Sanierung als solche aber dürfte abgeschlossen sein. Der Mann mit der Scheintodpistole hat angedeutet, was saniert werden soll. Nach den Finanzen kommt die Frage der Arbeitsbeschaffung. Sie steht allen anderen Aufgaben voran. Und mit der Arbeitsbeschaffung hängt zusammen die Anzurücknahme der Wirtschaft. Man glaubte, sie über eine Verbilligungsaktion in Gang zu bringen. Die Verbilligung ist schiefgeschlagen, denn der Umlauf kann durch die geringe Preislenkung nicht angeregt werden, wenn auf der anderen Seite der Lohn- und Gehaltsabbau steht. Die Wirtschaftsbelebung kann, das steht man heute bereits ein, nur durch einen Abbau der Arbeitslosen und die Stärkung der Kaufkraft einer breiteren Masse erfolgen.

Das sind Aufgaben genug. Können sie gelöst werden, so hat die Regierung den Weg zur Besserung geöffnet. Und sie kann sich ihre Aufgabe erleichtern, wenn sie die Frage des Moratoriums und der Revision der Tributzahlungen entschieden verfolgt. Die freiverwendenden Mittel, die im Etat nicht gebraucht werden, können entweder zur Rentenlenkung oder zur Arbeitsbeschaffung verwendet werden.

Die Regierung ist umritten. Es scheint aber, als ob der Publizist, der dieser Tage den Ausdruck tat, man werde später vielleicht anders wie heute über Bräutigam reden, nicht Unrecht haben kann. Man wird ihm nachsagen müssen, daß er in seiner Konsequenz, seiner Beharrlichkeit, seiner Willen und doch gewinnenden Art der rechte Mann am rechten Platze in einer schwierigen Zeit gewesen ist. So sehr er von der Opposition auch bekämpft wird, die Ueberzeugung ist schließlich doch in allen Parteien wach, daß er und nur er in den Tagen ängstlicher Bedrängnis einen Pfeiler bildete. Seine Arbeit ist respektfordernd, sie läßt Hoffnungen aufkommen, sie deutet darauf hin, daß er im neuen Jahre die wichtigsten Probleme mit dem alten Ernst aufzuarbeiten wird. Es kann die Zeit kommen, da alle Männer, die Scheintodpistolen in der Tasche tragen und die politischen Gegner kampfunfähig machen wollen, vor allem aber die Regierung zu züchtigen versuchen möchten, erkennen, wie unwichtig und kraftlos diese Regierung einem Ziele nachging, das Ziel der Vernunft sein mußte. Es scheint auch, als ob es gar nicht notwendig sei, mit Gummiknüppel in die Ministerzimmer einzudringen und hinter den Ministern zu stehen. Sie müssen sich allein, die Schwierigkeiten zu be-

Was Polen sich anmaßt.

Zaleski über „Entgermanisierung“ und „entannektierte“ Gebiete.

Ein Watin-Interview.

Paris, 26. Dezember. Ein Sonderberichterstatter des Watin hatte eine Unterredung mit dem polnischen Außenminister Zaleski, der sich über die Zwischenfälle bei den Wahlen in Oberschlesien äußerte. Zaleski soll nach dem Bericht des französischen Blattes gesagt haben: Diese Zwischenfälle sind gewiß bedauerlich, denn sie haben zwei polnischen Bürgern, die von einer deutschen Hand ermordet wurden, das Leben gekostet, aber wir sind so klug, die Tragweite dieser Ereignisse nicht zu übertrieben. Bezüglich der traurigen Bilanz der Reichstagswahlen beispielsweise sind sie gar nicht so ernst.

Zu Beginn auf den Terror, der gegen die Deutschen ausgesüßt wurde, um sie an der Wahrnehmung ihres Wahlrechtes zu verhindern, erklärte Zaleski: 90 v. H. der eingeschriebenen Wähler haben abgestimmt; kann man da von einer terrorisierten Bevölkerung sprechen? Gewiß, die deutschen Wähler haben mehr als 40 000 Stimmen verloren; es ist begreiflich, daß das in gewissen deutschen Kreisen Beunruhigung und Jörn hervorgerufen hat, aber es handelt sich hier um den normalen Prosch der Entgermanisierung. Es wäre gut, dies hinzunehmen, denn es wäre vergeblich, gegen das zu kämpfen, was man die Wirkung der Zeit nennen könnte. Von Jahr zu Jahr ändern entannektierte Gebiete ihr Gesicht und beschaffen ihren polnischen Charakter.

Zaleski behauptet weiter, die verlorenen 40 000 Stimmen, die die deutschen Wähler zu verzeichnen hätten, seien gar nicht die Stimmen von Deutschen, sondern von unentschiedenen Polen gewesen. Er spricht auch von dem Terror, der früher von den Arbeitgebern auf diese Polen ausgeübt worden sei, und erklärt schließlich, die revolutionäre Kampagne und der Appell an die unterdrückten Brüder, den er als Kampagne bezeichnet, habe jenseits der Grenze eine sehr lebhafte Reaktion hervorgerufen. Auch das Schicksal der polnischen Minderheit in Deutschland sei nicht zu vernachlässigen gewesen, da sie allen materiellen und moralischen Schikanen ausgesetzt gewesen sei. Zaleski schloß: Da Deutschland in Genf wieder die Debatte über die Minderheiten eröffnet, muß man die Gelegenheit wahrnehmen, ihm zu sagen, daß die Minderheiten nicht zu politischen Zwecken ausgenutzt werden dürfen.

wählten. Daß die Not der Zeit ihnen deutlich gemacht wird, kann freilich nicht schaden. Es braucht aber nicht demonstrativ mit Ellenbogen und Stimmenaufwand zu geschehen. Wenn der Kanzler nach dem Diner läßt, gewinnt er schon ein richtiges Bild, und wenn die Minister, die in Berlin vielleicht nur von Hungerdemonstrationen und von der freien Zunahme der Arbeitslosigkeit lesen, in ihren Weihnachtsferien draußen waren, so werden sie mehr als eine unerfährte Stimme der Wahrheit vernehmen, die nachdrücklich mahnt.

Man setzt sich für jede Handlung eine Frist. Heute heißt die Frist, ganz unbestimmt, nach dem Fest! Es können aber Monate vergehen, bis die Arbeiten, die nach dem Fest aufs neue forciert werden, eine Wirkung für die Allgemeinheit erkennen lassen.

Waldumbert tote auf Java

Batavia, 27. Dezember.

Nach nicht amtlichen Feststellungen sind bei dem Ausbruch des Vulkans Merapi auf Java mehr als 800 Personen ums Leben gekommen. Die Zahl der Flüchtlinge wird auf 24 000 geschätzt. Die von Wissenschaftlern vorgenommenen Messungen ergaben, daß die Lava kurz nach dem Austritt aus dem Krater die ungeheure Temperatur von 1350 Grad Celsius aufweist.

Erdbeben in Argentinien

26 Tote

Salta (Argentinien), 27. Dezember.

Ein heftiges Erdbeben schloß den Nordwesten Argentiniens heim. 35 Personen wurden getötet, 70 verletzt. Die Stadt Capoma, die etwa 1500 000 Einwohner zählt, soll gänzlich zerstört sein. Eine Hilfsexpedition ist unterwegs.

Weitere Erdstöße in Argentinien.

Salta, (Argentinien). Die Not und der Schrecken der Ueberlebenden des Erdbebens am Mittwoch wurden noch durch sechs weitere Erdstöße und durch starke Regenfälle erhöht. Die Hilfsmannschaften haben den verfallenen Gebirgssort Capoma nach einem Tagesmarsch erreicht. Sie fanden die Ueberlebenden durchwühlt auf den Trümmern

Die „Bazillierungsaktion“ in Ditalizien.

Warschau, 26. Dezember. Der Krakauer Illustrierte Kurier weist angeblich auf Grund einer amtlichen Statistik über die Ergebnisse der „Bazillierungsaktion“ in Ditalizien zu melden, daß den Behörden große Mengen von Wasser aller Art in die Hände gefallen seien. Unter anderem seien 1188 Karabiner und Revolver samt einigen tausend Patronen beschlagnahmt worden. Insgesamt wurden angeblich 842 Personen verhaftet, von denen 272 den Gerichten zwecks weiterer Ermittlungen übergeben worden sind. Unter den Verhafteten befinden sich 62 Hochschüler, 15 Priester, 28 staatliche und private Beamte, 3 Lehrer, 6 Abgeordnete, 27 Rechtsanwälte, 30 Bauern, 177 Handwerker und andere mehr.

So heißt sich das Ergebnis der sogenannten „Bazillierungsaktion“ in Ditalizien im Lichte des amtlichen Berichtes dar. Es ist ein Ergebnis, wie es die Behörden sehen und haben wollen.

Ein neuer polnischer Borkhof

Bielsa, 27. Dezember.

Wie der „Oberschlesische Kurier“ meldet, plane das Schulinspektorat von Bielsa einen Borkhof gegen die deutsche Volks- und Bürgerchule. Diese sollte in eine polnische Lehranstalt umgewandelt werden. Die bisherigen deutschen Klassen sollen dagegen in anderen Gebäuden untergebracht werden. Diese Neuregelung soll mit dem Schulbeginn im neuen Jahre vorgenommen werden.

Dieser angekündigte Borkhof ist nunmehr erfolgt. Der Ortschulrat beschloß, die Schule so zu teilen, daß einige deutsche Klassen im Stadterkaufbau des Feuerwehrepots, andere im Gebäude des polnischen Schulvereins untergebracht werden, während die restlichen fünf deutschen Schulklassen vorerst noch in dem Gebäude belassen werden. Diese Verfügung widerspricht allen verbrieften Rechten. Das Schulgebäude ist von den Deutschen mit deutschem Gelde errichtet worden, und es ist unendlich festgelegt, daß das Gebäude, das der katholischen Pfarrgemeinde gehört, nur so lange zu Schul- und Unterrichtszwecken zur Verfügung gestellt wird, als die Unterrichtsprache die deutsche ist.

Ihrer Heimstätten hockend vor. Infolge des Erdbebens sind zwei große Erdspalten entstanden, aus denen heißes Wasser heraussprudelt. Eine Anzahl Personen sind in diese Spalten gekürzt. Sie blieben verschwunden.

Reichsdant an Oberschlesien

100 000-Mark-Spende

Stettin, 27. Dezember.

Der Berliner Vertreter des „Oberschlesischen Kurier“ drückt seinem Blatt ein Interview mit Reichsminister Dr. Dietrich, in dessen Verlauf Dr. Dietrich mitteilt, daß die Reichsregierung und die Preussische Staatsregierung sich entschlossen haben, zur bevorstehenden Jahreshauptversammlung der Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März nächsten Jahres den Oberpräsidenten von Oberschlesien mit einer Spende von 100 000 RM auszustatten, um besondere Hilfsmassnahmen kultureller oder sozialer Art als Reichsdant für die Treue der Oberschlesier durchzuführen.

Unter Bezugnahme auf seine kürzliche Oberschlesienreise bemerkte der Reichsinnenminister Dr. Dietrich: Mit großer Freude habe ich in Oberschlesien erneut feststellen können, wie stark das Gefühl der Treue und Zusammengehörigkeit ist. Aus dieser Treue werden auch die besten Zukunftsmöglichkeiten für dieses hart geprüfte und gefährdete Grenzland erwachsen. Zuversichtlich glaube ich die Hoffnung aussprechen zu können, daß diese Treue zum Reich und unter aller Zusammengehörigkeitsgefühl, unterstützt durch die von der Reichsregierung getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen, in baldiger Zukunft ein friedliches Wiederaufblühen und Gedeihen Oberschlesiens im Gefolge haben werden.

Gewerkslofendemonstration in Berlin

Berlin, 27. Dezember.

Am Nachmittag des 24. Dezember marschierten etwa 300 Gewerkslose in aufgeregtem Zug unter Hoch- und Niederrufen auf beiden Seiten der Chausseestraße in südlicher Richtung. An der Ecke Invalidenstrasse wurde der Zug unter Anwendung des Gummiknüppels aufgelöst. Weiter südlich sammelten sich die Demonstranten wieder in der Friedrichstraße. Drei Personen wurden zwangsgestellt.